



**Jungsozialisten
in der SPD**

Juso - Hochschulgruppen

Bundessekretariat

Ollenhauerstraße 1 · Postfach 2280
5300 Bonn 1

Tel. (022 21) 53 21 · Durchwahl 532
Telegramm-Adresse: Sopade Bonn
Telex 08 86 306

an alle Juso - Hochschulgruppen

Bank für Gemeinwirtschaft Bonn
BLZ 380 101 11
Konto Nr. 101 049 227
Bundessekretariat der Jungsozialisten
λ. 3-78

Situation der Studentenschaften in Baden-Württemberg:

- a) Am Ende des WS 77/78 fanden an allen Unis die Wahlen zu den neuen Gremien-Asten statt - überall kandidierten linke Gruppen (siehe Ergebnisse)
- b) Die GEW hat einen Beschluß zur Weiterführung der Asten gefasst, der auch mit abgedruckt ist.

Mit sozialistischen Grüßen

Harald Metzger
Harald Metzger

Verständnis für die Studenten

Stellungnahme der GEW Baden-Württemberg
zur Auflösung der Asten
und zu den Gegenaktionen der Studenten!

Die Landesastenkonzferenz und die Studentenschaften der baden-württembergischen Hochschulen führen in diesen Tagen Aktionen durch, die das Ziel verfolgen, gegen die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft zu protestieren und unabhängige Interessenvertretungen der Studenten an den Hochschulen zu erhalten. In Urabstimmungen haben sich die Studenten von Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen für einen begrenzten Vorlesungsboykott entschieden, sie wehren sich gegen die bedingungslose Übergabe von Büroräumen, Arbeitsinstrumenten und Geldmitteln der bisherigen Asten und gegen die Zwangsausschließung der Fachschaften; die Gründung unabhängiger Asten ist im Gange.

Die GEW stellt noch einmal fest: die am 10. November 1977 im Landtag verabschiedeten Hochschulgesetze bringen keine demokrati-

sche Hochschul- und Studienreform zustande; sie gefährden die wissenschaftliche Ausbildung und die Freiheit von Forschung und Lehre; sie machen eine paritätische und qualifizierte Mitbestimmung an den Hochschulen unmöglich; sie verschärfen die soziale Lage der Studierenden; sie entmündigen die Hochschulen, die Lehrenden und Studierenden zu abhängigen Empfängern staatlich verordneter Weisungen. Unabhängige Studentenvertretungen sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Hochschulpolitik.

Die GEW unterstreicht mit Nachdruck, daß die Ziele der Studenten mit denen der GEW und des DGB übereinstimmen. Die GEW hat dies in ihren Stellungnahmen zu den Hochschulgesetzen während der parlamentarischen Beratung unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht; sie hat deshalb auch am 9.

November 1977 gemeinsam mit den Studentenschaften zu der großen Demonstration in Stuttgart aufgerufen.

Die GEW Baden-Württemberg unterstützt daher auf der Grundlage ihrer bisherigen Beschlüsse die Ziele der Studenten und hat Verständnis für die derzeitigen Aktionen der Gegenwehr. Die GEW begrüßt es, daß die studentischen Aktionen diszipliniert und ohne jede Gewalttätigkeit durchgeführt werden; sie appelliert an alle Beteiligten, auf jede provokante Handlung zu verzichten.

Die GEW fordert ihre Mitglieder und alle Hochschulangehörigen auf, im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten die studentischen Aktionen zu unterstützen und in Lehr-

veranstaltungen und öffentlichen Veranstaltungen Raum für die Diskussion der studentischen Aktionsziele zu geben.

Die GEW fordert die Hochschulleitungen und die staatlichen Organe auf, auf Überreaktionen und auf Versuche öffentlicher Herabsetzung oder gar der Kriminalisierung der Studenten zu verzichten; sie fordert die Hochschulleitungen und die Landesregierung insbesondere auf, Polizeieinsätze und die gewaltsame Räumung von ASTA- und Fachschaftsräumen zu unterlassen.

Die GEW bedauert die rückschrittliche Hochschulpolitik der Landesregierung: sie verlangt unbeirrt die Verwirklichung der hochschul- und bildungspolitischen Ziele, die in den 23 Thesen des DGB zur Hochschulpolitik und in den Beschlüssen des GEW-Gewerkschaftstags 1977 niedergelegt sind. Sie hält es deshalb für erforderlich, das Hochschulrahmengesetz von 1976 grundlegend zu novellieren. Von der Notwendigkeit, die gerade verabschiedeten baden-württembergischen Hochschulgesetze zu novellieren, ist die GEW überzeugt, da diese Gesetze nicht einmal die Forderungen des Hochschulrahmengesetzes erfüllen. Die GEW wird deshalb gemeinsam mit dem DGB Novellierungsvorschläge erarbeiten und den Landtagsfraktionen sowie der Landesregierung zuleiten.

Die Verfaßte Studentenschaft ist ein gutes Stück Demokratie; ihre Abschaffung „ist

nichts anderes als die Aussperrung der Studenten von der Demokratie“ (Frich Frister). Ihre Aufhebung im Eilverfahren, noch vor Inkrafttreten der übrigen Teile der Hochschulgesetze, macht jedem eindeutig klar, welche Absicht insgesamt dahintersteht: gerade die aktiven, politisch interessierten und für die Demokratie engagierten Studenten sollen getroffen werden. Sie werden damit von der Demokratie entfremdet. Dies hinzunehmen oder zu begünstigen „ist eine Todsünde wider die Demokratie und ein Spiel mit der Existenz.“ (Frister)

In der jetzigen rechtlichen Situation hat die GEW deshalb Verständnis für den Versuch der Studenten, demokratische und unabhängige Studentenvertretungen zu erhalten bzw. neu aufzubauen. Sie fordert die Landesregierung und die Hochschulleitungen auf, die Arbeit dieser Studentenvertretungen an den Hochschulen nicht zu behindern. **GEW**

1. Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands der GEW Baden-Württemberg vom 6. Dezember 1977

Studentenwahlen in Baden-Württemberg

STUTTGART. Der Protest der baden-württembergischen Studenten gegen das neue Landeshochschulgesetz dauerte nur kurz. Nach der eindrucksvollen Demonstration von rund 20 000 Studenten im November letzten Jahres in Stuttgart herrscht nun wieder Ruhe im Land. Der Vorlesungsbetrieb läuft normal. Regelstudienzeit und neues Ordnungsrecht scheinen den meisten Studenten den Schneid abgekauft zu haben. Die Tendenz ist weitgehend lustlos. Nur noch selten kommt es zu teils witzigen, teils aggressiven Protesten.

In diesen Tagen finden überall im Lande die Neuwahlen zum Großen Senat statt, in dem nach dem im November 1977 verabschiedeten Landeshochschulgesetz (dem dritten in den letzten Jahren) auch einige Studentenvertreter sitzen, die dann anstelle des früheren Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA) die Belange der Studenten vertreten sollen. Gerade wegen der Abschaffung der Studentenvertretungen hatte man eigentlich mit einem heißen Wintersemester an den neun baden-württembergischen Landesuniversitäten gerechnet. Statt dessen retten sich die meisten Studenten und Bediensteten in Gleichgültigkeit.

Bei den Wahlen zum Großen Senat in Ulm gingen von 3875 Stimmberechtigten nur 933 Studenten zur Wahl. Von den 451 Studenten, die sich an den Wahlen beteiligten, gaben 60 dem Uni-Maskottchen, dem Hund „Willi Wackerstein“, ihre Stimme.

Ohne Witz, dafür mit Polizeieinsatz und anderen drakonischen Maßnahmen begannen an der Universität Stuttgart-Hohenheim neue Zeiten. Der alte ASTA weigerte sich, seine Räume zu verlassen und gab auch dann noch nicht klein bei, als Präsident George Turner den „Rebellen“ Strom, Heizung und Telefon sperren ließ. In die eiskalten Räume lud man die Stuttgarter Lokalpresse zu einer Pressekonferenz. Wenige Tage später kam die Polizei mit, laut ASTA, rund 40 Mann und räumte die Studenten ab. An den Wahlen zum Großen Senat beteiligten sich dann 31 Prozent der Stimmberechtigten.

Ohne offizielle finanzielle Unterstützung versucht der alte ASTA in privaten Räumen mit einem privaten Telefon weiterzuwursteln. Eine „Patenschaft“ der Universität Bremen gewährt moralische und bescheidene finanzielle Unterstützung. Während des Sommerseme-

sters will man Neuwahlen zum ASTA veranstalten — als gäbe es kein neues Hochschulgesetz mit drakonischem Ordnungsrecht.

Mit Witz versucht die Stuttgarter Studentenschaft das neue Gesetz zu unterlaufen. Auf einem Poster wurden die bevorzugten Kandidaten der Studenten abgelichtet und angepriesen: „Professor Dr. Hahn, Abteilung für Leistungsdruck und Aussieberei. Professor Ing. Hunken, Spezialist für Wasserbau, Kanalisation und Trockenlegung des Terroristen-sumpfes. Professor Dr. Dr. Filbinger, Landesvater von Gottes Gnaden. Häußer, Dezernat für Raum- und Büchertischverbote. Ballinger, Abteilung für Disziplinarverfahren.“

An den Wahlen zum Großen Senat beteiligten sich in Stuttgart 60 Prozent der Professoren, 25 Prozent des wissenschaftlichen Dienstes, 23 Prozent des Personals und 12,5 Prozent der Studenten.

Der Zorn der Studenten in Stuttgart ist groß, denn wenige Wochen nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes hat man ihnen schon gezeigt, was sich mit dem neuen Ordnungsrecht so alles anfangen läßt. Dem ehemaligen ASTA-Vorsitzenden und seinem Geschäftsführer wurde eine Strafanzeige wegen Untreue angedroht, weil sie eine offene Rechnung nicht innerhalb von vier Wochen angemahnt hatten.

Vier Bediensteten der Universität droht ein Disziplinarverfahren, weil die Beamten nach einer Aufforderung durch die Verwaltung einen Hörsaal nicht innerhalb von zwei Minuten verlassen hatten. Die Verwaltung erklärte dies zum Hausfriedensbruch. Der Rechtsanwalt der Betroffenen sieht in diesen Maßnahmen eher die Folgen des neuen Gesetzes.

Noch härter geht es an der katholischen Fachhochschule für Sozialwesen und Religionspädagogik in Freiburg i. Br. zu. Zehn Lehrbeauftragte wurden fristlos entlassen, weil sie gegen Ordnungsmaßnahmen gegen einige Studenten protestiert hatten. An dieser Hochschule, die vom Land mit Millionenbeiträgen mitfinanziert wird, geht es überhaupt sonderbar zu. Eine Protestversammlung gegen das Hochschulgesetz wurde von der Polizei gesprengt. Dem SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Meyer aus Freiburg, zuständig für Hochschulfragen in seiner Fraktion,

wurde die Genehmigung verweigert, an einer Podiumsdiskussion teilzunehmen.

Listiger hat man sich in Tübingen aus der Affäre gezogen. Der alte ASTA arbeitet mit Duldung der Universitätsverwaltung weiter, denn die neuen studentischen Mitglieder des Großen Senats haben sich geweigert, irgendwelche Aufgaben zu übernehmen. Sie hätten dazu keine Legitimation, meinten sie. Nach dem neuen Gesetz ist die Universität zuständig für die sozialen Belange der Studenten. Die Verwaltung sieht sich aber nicht in der Lage, weder finanziell noch personell diese Aufgaben zu übernehmen.

Und so hat sich der alte ASTA in einen Sozialverein umgewandelt, der jetzt die Gemeinnützigkeit anstrebt. Die sozialen Einrichtungen des ASTA existieren weiter. Es werden wie bisher Zimmer vermittelt, es gibt eine Kopierstelle, eine Druckerei, ein Fotolabor, eine Kartei für Mitfahrgelegenheiten und einen Schreibmaschinenausleih. Sogar die Sozialrechtsberatung und der psychotherapeutische Arbeitskreis funktionieren noch. Bisher arbeitet der Verein sogar kostendeckend.

Trotz der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Gesetz wenden sich Professoren wie der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz Steinlin (Freiburg) gegen eine Novellierung des Gesetzes, die schon im Gespräch ist. In einem Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten“ meinte er kürzlich: „Es ist besser mit einem schlechten Gesetz zu leben, als weiter in ständiger Unsicherheit, dieser Unsicherheit auf Gesetzesebene. Denn wer weiß, ob bei der jetzigen innenpolitischen Situation ein anderes oder besseres Gesetz daraus wird — vielleicht erweist sich eine Novellierung als Rohrkrepiierer.“

RENATE FAERBER

(Übersicht des RCD J - Büro)

Senatsausschuß
namens Asta

letzte
Stupawahlen

Uni-Freiburg

	<u>1978</u>	<u>(1977)</u>
LHV	1	(4)
RCDS	2	(7)
DM/SLH	1	(3)
GEW/ÖTV	2	(7)
GO (MSB/SHB)	-	(1)
Basisgruppen (Liste Faust)	-	(4)
KHG	-	(1)
Sozial. Liste (GIM)	-	(1)
Unabh. Naturw.	-	(1)

Uni-Ulm

RCDS	2	(5)
SLH	-	(7)
Liberale Aktion	1	-
Gem. Demokrat. Liste	1	(5)
GO	-	(2)
Uni (Unabh. Initiative) (gemäßigt)	-	(2)

Uni-Stuttgart

<u>1978</u>	<u>Sitze:</u>	<u>1977</u>	<u>Sitze:</u>
Verein. Demokr. Liste (RCDS, SLH, Unabh.)	2	RCDS	8
Bündnisliste	4	JUSOS	13
» Gesetzliche Verankerung der VS «		MSB	3
		IUS (Initiative unabh. Studenten)	3
		Basisgruppen Wur	3
		SLH	1

Uni Konstanz

Liste der Studentenschaft	6
RCDS	1

Uni Mannheim

KASTPA-Wahlen 78

StuParwahlen 77

Uni-Karlsruhe

<u>1978</u>	<u>Sitze</u>
RCDS	2
SLH	1
JUSOS u. LHV u. Fachschaftsliste	3
MSB/SHB	1
KHG	0
Karlsruher Hochschul- verband Anti-Marxisten	0

<u>1977</u>	<u>Sitze:</u>
RCDS	11
JUSOS	7
Linke Liste	3
Fachschaftsliste	4
LHV	1
SLH	6
MSB	3

Uni-Hohenheim

RCDS	1
Linke Liste	4

RCDS	6
Unabhängige	1

Uni-Heidelberg

RCDS	2150
SLH	2200
ArGe Demokr.Hochschu.	2300
GEW	1900
MSB	600
K-Gruppen	1250

Ergebnis nicht ver-
gleichbar
1978: Urnen wurden nach Aus-
zählen von Maskierten ent-
wendet

Uni-Tübingen

LAUS (JUSOS, Basisgr., Spontis)	4	-
RCDS	1	(8)
SLH	1	(4)
Fachschaftsinitiative Tübingen (gemäßigt)	1	(4)
LDF (Basisgruppen)	-	(7)
JUSOS	-	(4)
SOS (Basisgruppe)	-	(2)
MSB	-	(1)
GEW	-	(5)